

Notizen

Deutsche und polnische Bischöfe gedachten in einem Gottesdienst in Santa Maria in Trastevere, der römischen Titelkirche Kardinal Glemp, am Abend des 7. Dezember des *Austauschs der Versöhnungsbotschaften zum Abschluß des Konzils* vor 20 Jahren (vgl. HK, November 1985, 526). In seiner Einführung zum Gottesdienst unterstrich Kardinal Höffner, das Werk der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen habe bereits „dauerhafte Erfolge erreicht“. Kardinal Glemp stellte seine kurze Predigt ganz unter den Gedanken der Versöhnung. Er erinnerte auch an den Warschauer Vertrag von 1970, ging aber sonst nicht auf die politische Seite der deutsch-polnischen Beziehungen ein. Zum Austausch der Versöhnungsbotschaften selbst sagte der Kardinal: „Heute verstehen wir, daß jene Akte der gegenseitigen Vergebung keinen Zeitabschnitt beschlossen, sondern durch die Vergebung die Zeit des christlichen Reifens zwischen zwei Kirchen eröffnet haben.“ Aber vieles bleibe noch zu tun.

Der Heilige Stuhl und das Saarland schlossen einen neuen Vertrag über die Ausbildung von Lehrkräften für das Schulfach Religion und über die Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes. Aus Anlaß des Austausches der Ratifikationsurkunden würdigte der Apostolische Nuntius in der Bundesrepublik Deutschland, Erzbischof Josef Uhač, und der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine den neuen Vertrag als einen wichtigen Beitrag in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Lafontaine betonte, daß das Vertragswerk, das noch von der Vorgängerregierung ausgehandelt worden war, dem jetzigen Landtag zugeleitet worden sei, obwohl aus der Sicht der Landesregierung durchaus noch einzelne Klarstellungen und Änderungen wünschenswert gewesen wären. Der Vertrag bestimmt u. a., daß im Saarland keine eigene katholisch-theologische Fakultät errichtet wird, sondern nur eine Fachrichtung Katholische Theologie an der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes besteht.

Anläßlich einer Podiumsdiskussion in München stellte Ernst Gutting, Weihbischof in Speyer, fest, die *Entfremdung zwischen Kirche und Arbeiterschaft* habe sich trotz der Aufforderung der Gemeinsamen Synode vor 10 Jahren, das gegenseitige Mißtrauen abzubauen, in den letzten Jahren noch verschärft. Dieser negative Trend könne nur geändert werden, wenn sich die Kirche die wirklichen Probleme zu eigen mache, Übelstände beim Namen nenne und nicht Antworten auf Fragen gebe, die gar nicht gestellt wurden. Gutting kritisierte auch, daß politisch Arbeiterschaft und Wirtschaft mit zweierlei

Maß gemessen werden, wenn es um politisch-ideologische Fragen geht. Alle „Systemkritik“ werde schnell als links abgetan, während Geschäftsabschlüsse mit Ostländern wohlwollend registriert würden.

Rechtsanwalt Bernhard Servatius, seit einiger Zeit in führender Position im Hause Springer tätig und Testamentsvollstrecker von Axel Springer, ist als *Vizepräsident des Zentralkomitees* der deutschen Katholiken zurückgetreten. Servatius, der über viele Jahre dem geschäftsführenden Ausschuß des ZdK angehörte und einer der „Moderatoren“ der Gemeinsamen Synode war, gab für seinen Schritt berufliche Gründe an. Ein Nachfolger für ihn wird erst auf der Frühjahrsvollversammlung 1986 des ZdK gewählt werden.

Nach den Worten des früheren EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Eduard Lohse (Hannover), ist die Evangelische Kirche in Deutschland sehr interessiert, daß das römische Sekretariat für die Einheit der Christen auch weiterhin so ökumenischer Ansprechpartner bleibe, wie es das bisher 25 Jahre lang „in so guter Weise“ gewesen sei. Lohse spielte damit auf Hinweise an, die römischen Dialog-Sekretariate könnten im Zuge der geplanten Kurienreform (vgl. HK, November 1985, 497) in „Räte“ umgewandelt und in ihren eigenständigen Kompetenzen eingeschränkt werden. Es stehe der evangelischen Kirche nicht zu, in Überlegungen des Vatikans hineinzureden. Aber man verfolge alle diesbezüglichen Erwägungen mit großer Aufmerksamkeit.

Eine „Medienprogrammgesellschaft“ hat die evangelische Kirche in der Bundesrepublik gegründet. Die neue Einrichtung soll Programme für neue private Hörfunk- und Fernsehveranstalter produzieren. Angegliedert ist sie dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik und wird je eine Redaktion für Hörfunk und Fernsehen umfassen. Nach Angaben des Direktors des Gemeinschaftswerkes, Hans-Wolfgang Heßler, solle mit diesem zunächst nur auf fünf Jahre befristeten Projekt ein Programm-Pool der Evangelischen Kirche in Deutschland aufgebaut werden. Schon heute zeige sich ein Bedarf an Programmen, die überregional verwendbar sind.

Die großen Religionsgemeinschaften in Frankreich meldeten sich mit einer gemeinsamen Erklärung zu Fragen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu Wort. Die Veröffentlichung ist im Zusammenhang mit dem beginnenden Wahlkampf für die am 16. März stattfindenden Parlamentswahlen zu sehen. Der Präsident des Rates jüdischer Institutionen in Frankreich, der Pariser Rechtsanwalt Theo

Klein, sagte in dem Zusammenhang, wenn die Wirtschaftslage sich nicht bessere, sei ein Mann wie der Vorsitzende der rechtsextremen Nationalen Front, Jean-Marie Le Pen, eine Gefahr für das Land. Die Rechtsradikalen könnten bei denen Stimmen sammeln, die zwar davon ausgehen, daß Le Pen keine Mehrheit erreichen wird, die aber mit der Stimmabgabe für Le Pen ihren Ärger loswerden wollten.

Dem Vorsitzenden des (illegal tätigen) Zentralkomitees der ukrainischen Katholiken, Josyf Terelja, der erst vor einigen Monaten zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren verurteilt wurde, war die Ausreise nach Österreich angeboten worden, wenn er bereit sei, öffentlich eine „Reueerklärung“ abzugeben. Dies geht aus Briefen an seine Frau hervor, die dem „Keston College“, einem britischen Institut zur Erforschung der Religion in kommunistischen Ländern, zugegangen sind. In gleichen Briefen gibt Terelja auch Hinweise auf die Verhörmethoden des zuständigen Staatsanwalts und des KGB. Man habe ihm im Falle von Uneinsichtigkeit mit der Einweisung in eine psychiatrische Klinik gedroht.

Die zehn farbigen katholischen Bischöfe der USA haben der katholischen Kirche vorgehalten, sie diskriminiere Schwarze in ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft. Sie sprachen sich für die Ernennung eines schwarzen Bischofs oder Erzbischofs für eine Millionenstadt der USA aus sowie dafür, als Kirche mehr gegen den Rassismus zu unternehmen. Bei der Herbstvollversammlung der US-Bischöfe wurde der farbige Weihbischof Eugene Marino (Washington) zum Sekretär der US-Bischofskonferenz (und der sogenannten Katholischen Konferenz der USA) gewählt. Damit rückte zum erstenmal ein Farbiger in ein so hohes Amt der katholischen Kirche der USA auf.

Der langjährige Chefredakteur der chilenischen Jesuitenzeitschrift „Mensaje“, Renato Hevia SJ, ist auf Anordnung des Appellationsgerichts von Santiago verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, er habe in der von ihm geleiteten Zeitschrift mehrfach den Staatspräsidenten des Landes, General Augusto Pinochet, beleidigt. Die von der Regierung eingereichte Klage war in erster Instanz abgewiesen worden. „Mensaje“ genießt hohes Ansehen unter den chilenischen Intellektuellen und ist trotz seiner oppositionellen Haltung zum Militärregime – und wegen seiner begrenzten Verbreitung – von der Zensur bisher ziemlich unbehelligt geblieben.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Verlegerbeilage bei.